Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5948**

16. Wahlperiode 04. 07. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Cornelia Behm und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/4905 –

Einfuhrverbot für Produkte aus dem gentechnisch veränderten Mais MON863 anordnen

A. Problem

Die für den gentechnisch veränderten Mais MON863 vorliegenden Genehmigungen der EU-Kommission zur Verwendung als Futtermittel sowie zur Verwendung als Lebensmittel gelten bis August 2015 bzw. Januar 2016.

Inzwischen liegen neue wissenschaftliche Erkenntnisse vor, wonach die bei dem Zulassungsverfahren von MON863 geprüften Fütterungsstudien nicht den notwendigen Standards genügen. Nach einer vor wenigen Tagen von französischen Wissenschaftlern in der Fachzeitschrift Archives of Environmental Contamination and Toxicilogy (2007) publizierten Studie verursachte die Fütterung von MON863 bei einigen der Ratten Vergiftungssymptome und Schädigungen von Leber und Nieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/4905 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juli 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende und Berichterstatterin

Dr. Max Lehmer
Berichterstatter

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Max Lehmer, Elvira Drobinski-Weiß, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Ulrike Höfken

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/4905** in seiner 97. Sitzung am 10. Mai 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die für den gentechnisch veränderten Mais MON863 vorliegenden Genehmigungen der EU-Kommission zur Verwendung als Futtermittel sowie zur Verwendung als Lebensmittel gelten bis August 2015 bzw. Januar 2016.

Inzwischen liegen neue wissenschaftliche Erkenntnisse vor, wonach die bei dem Zulassungsverfahren von MON863 geprüften Fütterungsstudien nicht den notwendigen Standards genügen. Nach einer vor wenigen Tagen von französischen Wissenschaftlern in der Fachzeitschrift Archives of Environmental Contamination and Toxicilogy (2007) publizierten Studie verursachte die Fütterung von MON863 bei einigen der Ratten Vergiftungssymptome und Schädigungen von Leber und Nieren.

Weiterhin enthält MON863 das Antibiotika-Resistenz-Gen nptII. Dieses wurde bisher von der Expertengruppe bei der europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) zu Unrecht als weitgehend risikolos eingestuft.

Nach Artikel 23 der Richtlinie 2001/18/EG können Mitgliedsländer aufgrund neuer oder zusätzlicher Informationen, die sie seit dem Tag der Zustimmung erhalten haben, den Einsatz und/oder Verkauf dieses gentechnisch veränderten Organismus in ihren Hoheitsgebieten vorübergehend einschränken oder verbieten.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

- ein Ruhen der Inverkehrbringensregelung für Produkte aus MON863 entsprechend Artikel 23 der Richtlinie 2001/18/EG einzuleiten;
- für ein für die Öffentlichkeit transparentes Verfahren bei der Überprüfung der neuen Erkenntnisse Sorge zu tragen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/4905 in seiner 59. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/4905 in seiner 41. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/4905 in seiner 40. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 16/4905 in seiner 36. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/4905 in seiner 51. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU** und **SPD** führten aus, man habe sich bereits oft mit dem Thema beschäftigt. Es gebe jedoch keine toxikologisch neuen Erkenntnisse nach Untersuchungen von unabhängigen Toxikologen. Dies gelte auch für die Frage des Antibiotika-Gens. Die EFSA habe insgesamt eine hohe wissenschaftliche Kompetenz.

Die Grüne Gentechnik finde nur dann Akzeptanz, wenn die Menschen auch sicher sein könnten, dass die Risiken auch beachtet werden würden. So sei im EU-Umweltrat von Österreich eine neue Langzeituntersuchung gefordert worden. Hierzu wurde um eine Stellungnahme der Bundesregierung gebeten. Zum Thema Risiko gehöre auch die Nachricht vom Umweltamt der Bezirksregierung Arnsberg, nach der es zu Maisdurchwuchs der Sorte NK603 gekommen sei. Man sprach sich für eine Abwägungsstrategie bei der Grünen Gentechnik wie auch bei anderen Technologien aus und gegen eine Ablehnungsstrategie.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass dies nicht der erste Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diesem Themenbereich sei. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezögen sich bei der Grünen Gentechnik auf Greenpeace-Gutachten, die Fraktion der FDP auf die EFSA. Grüne Gentechnik sei bereits auf sehr großen Flächen ausgebaut. Den angeführten Risken stehen dabei keine realen Gefahren gegenüber. Man wende sich gegen fundamentalistische Argumentationen und lehne den Antrag deshalb ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** forderte eine intensive Debatte über das Thema, die unbedingt notwendig sei. Man sehe, dass auch der Anbau von gentechnisch veränderten Futterpflanzen Auswirkungen auf den Menschen habe. So würden z. B. durch Verunreinigungen von Ackergeräten Gen-Mais auch in für Lebensmittel bestimmte Felder gelangen. Bei MON863 werde kritisiert, dass die Versuchszeit nur 90 Tage betragen habe. Dies sei zu kurz für die Bewertung von län-

gerfristigen Folgen. Von daher setze man sich auch bei MON863 für langfristige Versuche ein.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** forderte das Ruhen der in Inverkehrbringensregelung aus MON 863 von der Bundesregierung. Wie bei MON810 liege ein Tatbestand vor, der dies rechtfertige. Die französische Studie habe nämlich gezeigt, dass MON863 bei Tierversuchen zu Schäden bei Leber und Nieren führen könne. Auch die Studie der Weltgesundheitsorganisation zur Antibiotikaresistenz solle herangezogen werden, um die Inverkehrbringensregelung ruhen zu lassen. Bisher seien nur Untersuchungen durch die EFSA durchgeführt worden. Man befürworte eine Überprüfung, die transparent gestaltet werden und langfristig angelegt werden solle.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/4905 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Dr. Max Lehmer
Berichterstatter

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333